

Projektmeldung | Guinea-Bissau | Beratung Öffentlicher Sektor

Individual Measure: Support to the Electoral Cycles of Guinea-Bissau 2018-2019

Kapazitätenaufbau und technische Hilfe für die Durchführung von Wahlen

Finanzierungsbewilligung

04.02.2019

Land:	Guinea-Bissau
Finanzierung:	Europäischer Entwicklungsfond (EEF)
Kategorie:	Beratung Öffentlicher Sektor

Im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) kofinanziert die Europäische Union eine Einzelmaßnahme zur Unterstützung des Wahlzyklus 2018/2019 in Guinea-Bissau durch einen Beitrag in Höhe von 2,5 Mio. Euro aus Mitteln des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF). Ziel des Projekts ist die Unterstützung der Regierung bei der Durchführung glaubwürdiger, legitimer und transparenter Wahlen in den Jahren 2018 und 2019. Insbesondere werden folgende Institutionen gestärkt: die Nationale Wahlkommission (Comissão Nacional de Eleições, CNE) unter der Leitung der Nationalversammlung und das Technische Büro zur Unterstützung von Wahlprozessen (Gabinete Técnico de Apoio às Eleições, GTAPE) unter dem Ministerium für territoriale Verwaltung.

Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

Mehr zu:

Guinea-Bissau

Beratung Öffentlicher Sektor / Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten / Konjunktur / Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Marketing, Marktforschung / Fortbildung, Schulung / Handel und Vertrieb, übergreifend / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend / Privatisierungsvorhaben / Öffentliche Verwaltung und Regierung / Projektmanagement, Evaluierung / Statistik / Unternehmensberatung
Projekte

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.